



Die Personenrochade an der russischen Staatsspitze

Prof. Dr. Eberhard Schneider

April 2012

Zusammenfassung

Dmitrij Medwedew verzichtete auf seine erneute Kandidatur als Präsident, denn die *Putin*-Lobby der Konservativen und Stabilisatoren (militärisch-industrieller Komplex, Silowiki, Öl- und Gaskomplex, Landwirtschaft) war stärker als die mittelständischen Unterstützer des Modernisierers *Medwedew* (durch die Finanzkrise geschwächter privater Bankensektor, junge Unternehmer, Wissenschaftler, Facharbeiter). *Medwedew* begann mit der Rücknahme von Begrenzungen der demokratischen Teilhabe, die *Wladimir Putin* als damaliger Präsident vorgenommen hatte. Wenn *Putin* als neuer Präsident diesen Prozess fortführt, würde das politische System sich vorsichtig zu öffnen beginnen. Unter *Putin* ist nicht mit engen Beziehungen Russlands zu den USA zu rechnen. Zum sich schnell entwickelnden Asien und zur EU will er die Beziehungen stärken.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. lic. Eberhard Schneider, Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen.



Prof. Dr. Eberhard Schneider



ANALYSE

Am 24. September 2011 schlug Präsident *Dmitrij Medwedew* *Wladimir Putin* als Kandidaten für die Präsidentenwahl im März 2012 vor. *Putin* empfahl im Gegenzug *Medwedew* für das Amt des Regierungschefs.¹ Es stellen sich die beiden Fragen: Warum *Putin 3.0*? Wie wird *Putin 3.0*?

Warum *Putin 3.0*?

Medwedew bezeichnete seinen Kandidatenvorschlag als eine „tief durchdachte Entscheidung“. Er habe mit *Putin* diese Variante der Entwicklung schon zu jener Periode besprochen, als sie einen „kameradschaftlichen Bund“ geschlossen hätten. *Putin* und *Medwedew* mögen im Herbst 2007 diese Kandidatenaufstellung besprochen haben. Gleichwohl gewann *Medwedew* zwischenzeitlich an Profil und hoffte wahrscheinlich, *Putin* umstimmen zu können. *Medwedew* hatte seit Anfang 2011 deutlich zu verstehen gegeben, dass er gern für eine zweite Amtszeit kandidieren würde, zuletzt in seinem Interview mit der „Financial Times“ am 18. Juni 2011.²

In seinem Interview mit dem Ersten Russischen Fernsehkanal sowie den Kanälen *Rossia* und *NTW* begründete *Medwedew* am 30. September 2011 seinen Vorschlag, *Putin* zu nominieren, damit, dass *Putin* derjenige Politiker im Lande mit der „größten Autorität“ sei und dass sein Rating „etwas höher“ sei als seines.³ In einem Gespräch mit Kulturschaffenden sowie mit Vertretern der Internet-Gemeinschaft, der Massenmedien, der Wissenschaft und des Business am 15. Oktober 2011 im Zentrum Digital October in Moskau betonte *Medwedew*, dass er und *Putin* zwanzig Jahre lang „keine Konkurrenten, sondern enge Genossen und Freunde“ seien. „Anderers wäre meine politische Karriere in Moskau nicht möglich gewesen.“ Manche glauben, dass der Mensch, der Präsident geworden ist, um sich schlagen und denjenigen vernichten müsse, der ihm in der politischen Karriere und im Leben geholfen hat. „So bin ich nicht erzogen worden und ich meine, dass das richtig ist.“⁴

Nach Aussage des ehemaligen Chefs des sowjetischen KGB in Aserbajdschan, *Wagif Gussejnow*, gehen die Experten in Russland davon aus, dass die Entscheidung über die Kandidatur *Putins* bei einem mehrtägigen Treffen von *Medwedew* und *Putin* Mitte August 2011 bei Astrachan gefällt wurde (*Gussejnow*, 2011, S. 5).

Der Leiter der Stiftung „Effektive Politik“ und Polittechnologe *Putins* bis März 2011, *Gleb Pawlowskij*, meinte am 26. September 2011 in einem Interview mit der „Nesawissimaja gaseta“, dass ein gewaltiger Druck auf *Medwedew* ausgeübt wurde, auf seine bis August 2011 vorgesehene Präsidentenkandidatur zu verzichten.⁵ Worin der Druck, der auf *Medwedew* ausgeübt wurde, bestand, konnte *Pawlowskij* nicht sagen. Aber dieser Druck müsse groß gewesen sein. Möglicherweise bestand er in dem von *Putin* befürchteten Risiko einer sozialpolitischen Destabilisierung Russlands. Eine gleichzeitige Kandidatur von *Medwedew* und *Putin* für das Präsidentenamt war laut *Pawlowskij* ein Tabu.

Am 10. September 2009 hatte *Medwedew* in einem Offenen Brief in der kremlkritischen Internetzeitung „gazeta.ru“ über seine Gegner geschrieben, dass sie gut organisiert seien und nicht gestört werden wollen. Es seien „einflussreiche Gruppen käuflicher Beamter und nichts unternehmender Unternehmer“. Weiter be-

¹ <http://www.edinros.ru/news/2011/9/24/medvedev-vozglavil-spisok-edinoj-rossii/>

² <http://www.kremlin.ru/transcripts/11630>

³ <http://news.kremlin.ru/news/12880>

⁴ <http://www.kremlin.ru/news/13065>

⁵ http://www.ng.ru/politics/2011-09-26/1_intriga.html



schrieb er sie: „Sie haben alles...Sie wollen bis ans Ende aller Zeiten Gewinne aus den Überresten der sowjetischen Industrie pressen und die Naturschätze verhökern, die uns allen gehören. Sie schaffen nichts Neues, sie wollen keine Entwicklung und fürchten sie.“⁶

Die Bürokratenkaste, die Rohstoffoligarchen und die Silowiki setzen *Medwedews* Modernisierungsvorschläge nicht um und erklären dann, dass der Präsident schwach ist. So beschwerte sich *Medwedew* einmal 2010 auf einer Regierungssitzung – der Präsident hat das verfassungsmäßige Recht, Kabinettsitzungen zu leiten –, dass seine Anordnungen zu 80 % ignoriert würden (Rahr, 2011, S. 76). Und als ein Stellvertretender Wirtschaftsminister an einem Tag zwei unterschiedliche Handlungsanweisungen aus dem Kreml und aus der Regierungszentrale erhielt, wies Premier *Putin* diesen an, die Anordnungen des Regierungschefs zu befolgen (Rahr, 2011, S. 79).

Medwedew saß „im Kreml wie eingebunkert, ihn umringten putintreue Kreaturen, vornehmlich aus den Geheimdiensten“. Drei Jahre lang vermochte er nicht, „einen seiner eigenen Vertrauensmänner an die Schaltstellen der Macht zu setzen“. (Rahr, 2011, S. 74) *Rahr* meint damit wohl vor allem *Sergej Naryschkin*, den *Putin Medwedew* als Leiter der Präsidentialadministration vor die Nase gesetzt hatte und den er nicht ablösen durfte. Inzwischen wurde *Naryschkin* zum Vorsitzenden der neuen Staatsduma gewählt. Einem Journalisten sagte *Putin* einmal, wie sehr ihn die zweitrangige Stellung des Premiers nervt. „Nichts gefiel ihm – die Qualifikation seiner Mitarbeiter, das Niveau seiner Gesprächspartner, die Reichweite seiner Entscheidungen.“ (Rahr, 2011, S. 75)

Am 18. Oktober 2011 veröffentlichte die Tageszeitung „Kommersant“ ein Interview mit *Igor Jurgens*, dem Vorsitzenden des Vorstands des „Instituts für moderne Entwicklung“ (russ. abgekürzt INSOR), dessen Kuratorium Präsident *Medwedew* vorsitzt.⁷ Zu einer möglichen Kandidatur *Medwedews* für das Präsidentenamt stellte er fest: „Alle Auftritte *Dmitrij Medwedews*, der Kurs, den er steuerte, seine Gespräche mit der Unternehmerschaft, mit den Rechtsschützern, mit westlichen Führern, mit Experten – all das zwang mich zu denken, dass er bereit ist, die Verantwortung für die Präsidentschaft Russlands in einer zweiten Amtsperiode zu übernehmen.“ Doch die „Lobby der Konservativen und der Stabilisatoren“ war stärker.

Auf welche Kräfte kann sich *Putin* stützen, deren Ressourcen sich als stärker erwiesen als die *Medwedews*? Das sind:

- der militärisch-industrielle Komplex,
- die Silowiki,
- der Öl- und Gaskomplex und
- die Landwirtschaft.

Welche Gruppen bilden *Medwedews* Gefolgschaft?

- der private Teil des Bankensektors, der aber infolge der Finanzkrise an Bedeutung zugunsten des staatlichen Teils des Bankensektors verloren hat,
- junge Unternehmer,
- Professoren und Wissenschaftler,

⁶ http://www.gazeta.ru/comments/2009/09/10_a_3258568.shtml

⁷ <http://www.kommersant.ru/doc/1797405>



- Intelligencia,
- Facharbeiter.

*Medwedew*s Unterstützer bilden die Mittelschicht, die heute die größte soziale Gruppierung in der russischen Gesellschaft darstellt. Ihr gehören mindestens ein Viertel der Gesamtbevölkerung an, ungefähr ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung, 40 % der arbeitenden Bevölkerung und fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in den Großstädten (Belanovskij et al. 2012, S. 83). Sie verfügt über wenig Kapital und Einfluss in den Strukturen des Weißen Hauses, des Regierungssitzes, und des Kreml.

Den Konservativen half aus der Sicht von *Jurgens* zudem die internationale Situation: die „Volatilität der Weltmärkte, die Ungewissheit der Eurozone, die sehr ernsten Schwierigkeiten der USA“. Die Konservativen schlussfolgerten daraus, dass die westlichen Länder für Russland „keine Autorität“ sind, keine Bündnispartner und dass sie Russland mit seinen Probleme nicht brauchen. Daraus kann geschlossen werden: *Medwedew*, der den Westen von der Notwendigkeit, in Russland zu investieren, eher überzeugen kann als *Putin*, ist somit als Präsident entbehrlich.

Auf die Frage, warum *Medwedew* nicht von sich aus seine Präsidentschaftskandidatur erklärt hat, denn ein wirklicher Politiker wartet nicht, sondern er hat in sich die Kraft für den Eintritt in die Elite, in das Business, in die Gesellschaft, antwortete *Jurgens*, dass *Medwedew* sich an das große Business gewandt und bei einem Treffen sie fast dazu aufgerufen hatte, ihn als Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen, aber sie taten es nicht. *Jurgens* meinte offensichtlich das Treffen *Medwedew*s mit 27 Wirtschaftsverführern privater, staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen am 11. Juli 2011 im Kreml.⁸

Pawlowskij vertrat in einem Interview mit der russischen Wochenzeitung „The New Times“ am 26. März 2012 die Meinung⁹, dass hinter der Entscheidung *Putins*, erneut als Präsident anzutreten, der „kollektive Putin“ stand, den er nicht näher definierte. Es wäre nötig gewesen, dass *Medwedew*, wenn er erneut kandidieren wollte, den Kohorten *Putins* Garantien dafür gibt, dass sie ihre Positionen und ihre Vermögenswerte behalten können. Doch *Medwedew* lehnte das ab mit der Begründung, dass er als Präsident über diesen Bagatellen stehe. *Putin* fürchtete, dass *Medwedew* ihn als Regierungschef entlässt, wozu er laut Verfassung berechtigt ist. Und *Medwedew* argwöhnte, dass in diesem Fall *Putin* Regimenter nach Moskau schicken werde.

Laut *Tatjana Stanowaja*, der Leiterin der Analyseabteilung des sehr erfahrenen „Zentrums für politische Technologie“ bemerkte *Putin* die übermäßige Aktivität bis hin zum Druck *Medwedew*s, die Spielregeln zu ändern. Das Problem *Putins* bestand darin, dass *Medwedew* seine Sicht der Dinge äußerst schnell darlegte, zu schroff und manchmal aggressiv. *Putin* fühlte sich von *Medwedew* regelrecht gereizt. *Medwedew* war von der Richtigkeit und Logik einer zweite Amtszeit überzeugt. „So dachte die Hälfte der russischen Elite.“¹⁰

Die Differenzen zwischen *Putin* und *Medwedew* wurden nur selten offenkundig. Hier zur Konkretisierung je ein Beispiel aus der Innen- und eines aus der Außenpolitik: Das Beispiel aus der Innenpolitik: In seiner jährlichen Fragestunde mit der Bevölkerung bezeichnete *Putin* am 16. Dezember 2010 den ehemaligen JUKOS-Chef

⁸ <http://www.kommersant.ru/doc/1677265> und
http://www.vedomosti.ru/newspaper/article/263847/postavil_pered_vyborami
⁹ <http://newtimes.ru/articles/print/51440/>
¹⁰ <http://www.politcom.ru/12618.html>



Michail Chodorkowskij als Dieb, der in das Gefängnis gehöre.¹¹ Am 24. Dezember 2010 antwortete *Medwedew* in seiner jährlichen Diskussionsrunde mit den Chefredakteuren der drei föderalen Fernsehkanäle *Putin*, ohne ihn namentlich zu nennen: „Weder der Präsident noch sonst ein Amtsträger im Staatsdienst haben das Recht, vor der Verkündung eines Urteils ihre Meinung zu dieser Frage oder zu diesem oder jenem Verfahren zu äußern – weder anklagend noch freisprechend, das ist doch offensichtlich.“¹²

Hier der Schlagabtausch zu einem Thema der Außenpolitik, die laut Verfassung der Präsident bestimmt und leitet: Am 17. März 2011 enthielt sich Russland als Vetomacht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Anweisung *Medwedews* der Stimme, um die gegen den damaligen libyschen Diktator *Muammar Gaddafi* gerichtete und sehr weit gefasste Libyen-Resolution Nr. 1973 nicht scheitern zu lassen. Am 21. März 2011 erklärte *Putin* beim Besuch des Rüstungsbetriebs „Wotkinskij Sawod“ in Wotkinsk in der Republik Udmurtien, in dem die Interkontinentalraketen Topol-M (landgestützt) und Bulawa (U-Boot gestützt) hergestellt werden: „Die Resolution des Sicherheitsrats ist unvollständig und schädlich, sie erlaubt alles und erinnert an einen mittelalterlichen Aufruf zum Kreuzzug. Faktisch erlaubt sie den Einmarsch in ein souveränes Land.“¹³ Mit dieser Formulierung griff *Putin* den Begriff des Kreuzzugs auf, mit dem *Gaddafi* einen Tag zuvor das westliche Eingreifen in Libyen kommentiert hatte. Zum ersten Mal kritisierte *Putin* öffentlich eine wichtige außenpolitische Entscheidung *Medwedews*, auf dem eigentlichen Themenfeld des Präsidenten.

Medwedew antwortete *Putin* noch am selben Tag, nur wenigen Stunden später: „Auf jeden Fall ist es unzulässig, Ausdrücke zu verwenden, die eigentlich zu einem Kampf der Zivilisationen führen, vom Typ ‚Kreuzzug‘ und so weiter. Dies ist unannehmbar.“¹⁴

Für *Putin* war – laut dessen Aussage in seinem Bericht zur Lage der Nation an die Föderalversammlung am 25. April 2005 – die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts der Zerfall der Sowjetunion. *Medwedew* widersprach dieser Einschätzung in seinem oben erwähnten Interview mit der „Financial Times“. Die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts ist für *Medwedew* der Zweite Weltkrieg.

Das Ende der Sowjetunion war die Folge der Reformpolitik von *Michail Gorbatschow*. Für *Putin* ist es offensichtlich notwendig, alles kontrollieren zu müssen. Er lehnt einen umfassenden politischen Reformprozess ab in der Sorge, er könnte sich verselbständigen und zu unerwarteten Ergebnissen führen, im schlimmsten Fall – ähnlich wie unter *Gorbatschow* – zum Zerfall diesmal Russlands.

Die Reformen, die *Medwedew* mit seinem Amtsantritt als Präsident im Mai 2008 vorsichtig begann und die teilweise die Rücknahme einiger Einschnitte in das demokratische System bedeuten, die *Putin* als Präsident vorgenommen hatte, sind für *Putin* nur schwer zu akzeptieren. Für ihn gibt es nur eine „gelenkte Demokratie“, wie es der Chefideologe von „Einiges Russland“, *Wladislaw Surkow*, 2006 formuliert hatte und dem *Medwedew* damals öffentlich widersprach, denn es könne nur eine Demokratie ohne Adjektive geben.

Eine wirkliche Demokratie setzt bei den Herrschenden Vertrauen in die freien gesellschaftlichen Kräfte voraus, zu dem sich *Putin* aufgrund seiner tiefen sowjetischen Prägung augenscheinlich nicht durchringen kann. Er

¹¹ <http://premier.gov.ru/events/news/13427/#bud>

¹² <http://news.kremlin.ru/news/9888>

¹³ http://gazeta.ru/news/lastnews/2011/03/21/n_1756669.shtml,

www.youtube.com/watch?v=oURF8HJ2fXw

¹⁴ www.kremlin.ru/news/10701



kann offenkundig nicht verstehen, dass eine offene Gesellschaft ein Staatswesen nicht schwächt, sondern stark macht.

Wie wird Putin 3.0?

Im Januar und Februar 2012 veröffentlichte Wladimir Putin im Rahmen seines Wahlkampfs um das Präsidentenamt in verschiedenen überregionalen Tageszeitungen sieben lange Aufsätze zu innen-, gesellschafts-, sozial-, nationalitäts-, wirtschafts-, verteidigungs- und außenpolitischen Fragen. Sie stellen sozusagen das Wahlprogramm des Präsidenten dar. Im Folgenden werden die wichtigsten innen- und außenpolitischen Aussagen herausgegriffen.

Innenpolitik

Sein innenpolitisches Programm „Demokratie und die Qualität des Staates“ publizierte *Putin* am 6. Februar 2012 in der Zeitung „Kommersant“.¹⁵ Im Abschnitt über die Entwicklung der Demokratie weist *Putin* auf ein Gesetzespaket zur Entwicklung des russischen politischen Systems hin, das inzwischen in die Staatsduma eingebracht worden ist: Vereinfachung der Parteienregistrierung, keine Unterschriften mehr für die Teilnahme an den Wahlen zur Staatsduma und den regionalen Parlamenten, Verringerung der Unterschriftenzahl für die Registrierung eines Präsidentschaftskandidaten. Das sind alles Maßnahmen, die *Dmitrij Medwedew* in seinem letzten Bericht Präsident zur Lage der Nation am 22. Dezember 2011 angekündigt hatte. *Putin* erwähnt *Medwedew* oder den Präsidenten mit keinem Wort.

Im Abschnitt über neue Teilhabemechanismen plädiert *Putin* dafür, Gesetzesinitiativen im Internet zur Diskussion zu stellen, und dass Initiativen, die von 100.000 Menschen unterstützt werden, in die Staatsduma eingebracht werden müssen. Diese Personen müssten sich allerdings vorher registriert haben lassen, um eine anonyme Unterschriftensammlung zu vermeiden. Die Internet-Demokratie, wie *Putin* sie formulierte, sollte auf der regionalen und kommunalen Ebene fortgesetzt werden. So soll die Tätigkeit des im Stadtbezirk zuständigen Polizisten, des Verwalters des Wohnungswesens und des Friedensrichters nach einem Jahr im Internet beurteilt werden.

Außerdem schlägt *Putin* Veränderungen bezüglich der Bestimmung der Mitglieder der Gesellschaftlichen Kammer vor, die eine beratende Funktion hat. Das Mitwirken der Behörden bei der Zusammensetzung der Kammer sowohl auf der föderalen als auch auf der regionalen Ebene soll abgeschafft werden.

Ferner soll die Möglichkeit dafür geschaffen werden, dass Bürger ihre notwendigen Behördengänge elektronisch erledigen können. Das sei auch ein starkes Instrument zur Korruptionsbekämpfung.

Im Abschnitt über die örtliche Selbstverwaltung regt *Putin* an, dass die Städte und Gemeinden mehr Vollmachten und finanzielle Mittel bekommen. Die Kommunen sollen in vollem Sinne finanziell selbständig und autonom werden. Deshalb sollen alle kleinen Betriebe ihre Steuern künftig direkt an ihre Kommune abführen. Die wirtschaftliche Selbständigkeit sei auch für die großen und mittelgroßen Städte erforderlich.

¹⁵ <http://www.kommersant.ru/doc/1866753>



Putin hält im Abschnitt über den russischen Föderalismus eine Neuverteilung der Kompetenzen und der Finanzen für notwendig. Dabei soll das Subsidiaritätsprinzip angewandt werden: Die Funktion soll auf derjenigen Ebene ausgeübt werden, auf der sie von größten Nutzen ist für die Bürger, die unternehmerische Aktivität und die Entwicklung des Landes.

Um die Konkurrenzfähigkeit des Staates zu erreichen, konzentriert sich *Putin* auf folgende Prioritäten:

- a) Begrenzung der Einmischung des Staates in die Wirtschaft,
- b) Einführung der besten und bewährten Arbeitspraktiken der Staatsorgane führender Länder und Harmonisierung der Dienstleistungsstandards mit internationalen Normen,
- c) Monitoring der staatlichen Administratoren auf der föderalen, regionalen und städtischen Ebene,
- d) Einführung einer neuen Generation staatlicher Dienstleistungen, die sich nicht mehr am Dienstleistungserbringer orientieren, sondern am Dienstleistungskunden,
- e) Verabschiedung eines Gesetzes, das die Tätigkeit und die Verantwortlichkeit der Beamten bezüglich der Ablehnung von Behördendienstleistungen gegenüber der Bevölkerung und Firmen festlegt. Die Verletzung der entsprechenden Standards soll bestraft werden. Bei schwerer Verletzung der Standards soll eine Disqualifizierung erfolgen. Schlecht arbeitende Beamte sollen nicht nur entlassen werden, sondern ihnen soll für einige Jahre verboten werden, als staatliche oder kommunale Angestellte tätig zu sein.
- f) In den staatlichen Verwaltungen sollen entsprechend ihrer Aufgaben qualifizierte Personen arbeiten mit Erfahrung im öffentlichen Dienst. Es soll ein Gehaltssystem eingeführt werden, das sich an den entsprechenden Berufsgruppen des Arbeitsmarktes orientiert.
- g) Entwicklung des Instituts der Ombudsmänner.

Im sechsten Abschnitt über das Besiegen der Korruption räumt *Putin* ein, dass es bei der Bekämpfung der Korruption nicht nur um Repressionsmaßnahmen geht, die durchaus wichtig seien, sondern im Grunde um die Transparenz und die Kontrolle der staatlichen Institute durch die Gesellschaft sowie um die Motivation der Beamten. Wenn die Beamten ihre Tätigkeit nicht als Dienst betrachten, sondern als Fütterung, dann treten an die Stelle der entlarvten Diebe neue.

Zur Entwicklung des Gerichtssystems schlägt *Putin* folgende Schritte vor:

- a) Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit für die Bürger,
- b) Erweiterung der Möglichkeit von Sammelklagen der Bürger,
- c) Übertragung von Gerichtsverhandlungen im Internet und Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle,
- d) bessere und tiefeschürfende Darlegung der Rechtsprobleme der Gesellschaft und Verbesserung des Rechtswissens der Bürger durch die Gerichtsjournalisten.

Dass sind alles lobenswerte Vorschläge. Sollen sie zu wirklichen Veränderungen im russischen politischen System führen, müssen sie in Gesetze gekleidet werden. In seinem letzten Rechenschaftsbericht als Premier vor



der Staatsduma erklärte *Putin* am 11. April 2012, dass er nach seiner Vereidigung als Präsident mit seinem ersten Dekret die Roadmaps zur Erfüllung seiner im Wahlkampf vorgelegten Initiativen festlegen werde.¹⁶

Als erstes der von *Medwedew* eingebrachten Gesetze verabschiedete die Staatsduma am 23. März 2012 das Gesetz über die Vereinfachung der Parteienregistrierung. Statt 45.000 Unterschriften sind jetzt nur noch 500 Unterschriften in der Hälfte der Föderationssubjekte erforderlich, also in einer Region nur noch zehn. Und wenn die anderen Gesetze angenommen werden, sind für die Teilnahme einer Partei an der nächsten Staatsdumawahl 2016 keine Unterschriften mehr erforderlich, bisher waren 150.000 nötig. Die Hürde für den Einzug in das Parlament wurde auf Vorschlag *Medwedews* schon von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Nun kann mit einer Belebung der Parteienlandschaft und der nächsten Staatsduma gerechnet werden.

Außenpolitik

Seine außenpolitischen Vorstellungen veröffentlichte *Putin* unter dem Titel „Russland und die sich verändernde Welt“ am 27. Februar 2012 in der Tageszeitung „Moskowskie nowosti“.¹⁷ Folgende außenpolitische Aussagen *Putins* sind meines Erachtens festzuhalten:

- Russland ist ein „untrennbarer organischer Bestandteil des großen Europa“, das *Putin* nicht auf die Europäische Union beschränkt sehen möchte,
- *Putin* legt großen Wert darauf, dass die USA Russland als ebenbürtige Macht behandeln,
- das Raketenabwehrsystem, das die NATO gegen iranische Raketen in Europa aufbaut, bedroht Russland.

In seinem Interview mit „Spiegel online“ am 5. März 2012 präzisierte der Chefredakteur der prominenten russischen außenpolitischen Zeitschrift „Russia in Global Affairs“, Fjodor Lukjanow, *Putins* außenpolitischen Vorstellungen.¹⁸ *Putin* sei davon überzeugt, dass die Russland umgebende Welt unendlich gefährlich sei. Die Gefährlichkeit bestehe darin, dass in der Welt keine Regeln mehr zu gelten scheinen. „Es ist eine chaotische Umwelt, die aus sich selbst heraus unvorhergesehene Bedrohungen generiert.“ Die Hauptaufgabe Russlands sieht *Putin* deshalb darin, keine Destabilisierung zuzulassen, weder im Äußeren noch im Innern.

Putin glaubt stärker als *Medwedew*, dass Russland weiter eine globale Rolle spielen soll, etwa im Nahen Osten. *Medwedew* dagegen neigt zu der Auffassung, Russland soll sich auf seine regionalen Interessen konzentrieren.

Im Umgang mit den USA ist *Putin* – im Unterschied zu *Medwedew* – misstrauisch und sehr vorsichtig. „*Putin* glaubt, dass man mit den USA nicht kooperieren kann, weil sie nicht auf ihre Partner achten.“ *Lukjanow* prognostiziert, dass unter *Putin* die Beziehungen Russlands zu den USA nicht eng sein werden. *Putin* sei es egal, wer in Washington regiert, denn in der Außenpolitik gebe es zwischen den Demokraten und den Republikanern keinen Unterschied.

Laut *Lukjanow* muss Russland keine Wahl treffen zwischen Europa, an dem *Medwedew* kein wirkliches Interesse habe, zwischen China oder sonst wem. *Putin* sieht Russland als verbindendes Glied zwischen Ost und

¹⁶ <http://premier.gov.ru/events/news/18671/>

¹⁷ <http://mn.ru/politics/20120227/312306749.html>

¹⁸ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,819344,00.html>



West. Er will die Beziehungen zum sich schnell entwickelnden Asien stärken, aber auch zur Europäischen Union, Russlands wichtigstem Handelspartner. Partnerschaften aber, die Russland Verpflichtungen aufliegen würden, wolle *Putin* nicht.

Prognose

Eine rein wirtschaftlich-technokratische Modernisierung Russlands dürfte bald an ihre Grenzen stoßen, wenn sie nicht mit einer politischen Modernisierung verbunden wird. Die Menschen und eine Gesellschaft sind nicht auf Dauer teilbar. Die Wirtschaftsdemokratie der Marktwirtschaft verlangt die politische Demokratie, denn beide bedingen sich gegenseitig. Erst eine relativ entwickelte Marktwirtschaft macht eine Konkurrenzdemokratie als Verfahren zur innerstaatlichen Interessenaustragung leistungsfähig. Auf der anderen Seite ist die Demokratie die Voraussetzung für eine dauerhafte wirkliche Liberalisierung. Wenn diese umfassende Modernisierung nicht erfolgt, dürfte Russland mittelfristig auf das Niveau einer Mittelmacht absinken, in der die Gegner einer umfassenden Modernisierung ihre heutigen Positionen nicht mehr werden halten können.

Literatur

Belanowskij, Sergej et al. (2012), Bewegung in Russland. Der Aufstieg der Mittelschicht und die politischen Folgen, in: Osteuropa. Berlin, Heft 1, S. 79-99.

Gussejnov, Vagif (2011), A byla li intriga? in: Vestnik analitiki. Moskau, Heft 4, S. 5-10.

Rahr, Alexander (2011), Der kalte Freund. Warum wir Russland brauchen: Eine Insider-Analyse. München.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder. Die Analyse wird auch im "West-Ost Report", Nr. 3, West-Ost Institut Berlin, erscheinen.